

Stell doch einfach Deine Frau ein! Untersuchung der Verwandtenaffäre in Bayern

50

Björn Kauder, Niklas Potrafke und Leonard Thielmann*

Im Frühjahr 2013 wurde bekannt, dass bayerische Landtagsabgeordnete Verwandte als Mitarbeiter angestellt hatten und diese mit Steuergeldern bezahlt wurden. Die Verwandtenaffäre wurde aufgrund der damals bevorstehenden Bundes- und Landtagswahlen zu einem intensiv diskutierten Thema in den deutschen Medien. In einer neuen Studie haben wir untersucht, ob die Verwicklung in den Skandal das Wahlergebnis der CSU und die Wahlbeteiligung beeinflusst hat. Die Ergebnisse zeigen nicht, dass eine Verwicklung in den Skandal das Wahlergebnis oder die Wahlbeteiligung an der bayerischen Landtagswahl 2013 beeinflusst hat. Die Wähler scheinen die amtierende Regierung nicht abgestraft zu haben, da die regierende CSU die bayerische Identität verkörpert, und es geschafft hat, die Verwandtenaffäre – wie bereits vergangene Skandale – zu überwinden.

Im April 2013 wurde in Bayern ein neuer Fall von politischer Vetternwirtschaft bekannt. Abgeordnete des Bayerischen Landtags hatten Verwandte als Mitarbeiter angestellt, die vom Bayerischen Landtag bezahlt wurden. Der Skandal kam durch ein von dem deutschen Parteienkritiker Hans Herbert von Arnim veröffentlichtes Buch über die Art und Weise, in der bayerische Politiker von ihrem Amt als Abgeordnete profitieren, an die Öffentlichkeit (Arnim 2013). Im Jahr 2000 verschärfte der Bayerische Landtag die Rechtslage, wodurch es den Abgeordneten nicht länger erlaubt war, Ehepartner, Kinder oder Eltern als Mitarbeiter zu beschäftigen.¹ Eine Übergangsregelung machte es den Abgeordneten möglich, Verwandte, die bereits vor der Verschärfung des Gesetzes angestellt waren, weiterhin zu beschäftigen. 13 Jahre nach der Einführung der Übergangsregelung beschäftigten jedoch immer noch einige Abgeordnete nahe Verwandte. Das Anstellen dieser Verwandten verstieß vermutlich nicht gegen das Gesetz², bringt jedoch den Beigeschmack des Missbrauchs von Steuergeldern mit sich.³

Die bayerische Landtagswahl am 15. September 2013 sowie die deutsche Bundestagswahl eine Woche später maßen diesem Skandal große Bedeutung bei. Politiker, die in den Skandal verwickelt waren, waren sich der politischen Brisanz bewusst: Einige der Politiker, die Verwandte angestellt hatten, zahlten deren Löhne umgehend zurück oder spendeten die entsprechenden Beträge. Manche Abgeordnete betrachteten die Praxis, Verwandte zu beschäftigen, als legitim in früheren Zeiten, meinten jedoch ebenso, dass Abgeordnete heutzutage keine Verwandten mehr anstellen sollten.

Obwohl drei Parteien in den Skandal verwickelt waren, wurde für die CSU der größte Verlust an Wählerstimmen erwartet. Etwa 70% der durch den Skandal betroffenen Politiker sind Mitglieder der CSU. Umfrageergebnisse zeigen, dass die Wähler größtenteils die CSU als die Partei betrachteten, die am meisten in Skandale verwickelt ist.⁴ Die Opposition versuchte, den Skandal auszunutzen, um ihre Wahlaussichten zu verbessern und so die CSU-geführte Landesregierung abzulösen.

Die Verwandtenaffäre war für mehrere Wochen ein brisantes Thema in den deutschen Medien. Beispielsweise titelte *Handelsblatt Online* am 3. Mai 2013: »Nahezu irreparabler Schaden für die CSU – Amigo-Affäre durchkreuzt Seehofers Pläne«. *Spiegel Online* schrieb am

* Leonard Thielmann war von September bis November 2014 Praktikant im ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.

¹ Es war nach wie vor rechtmäßig, andere Verwandte als Ehepartner, Kinder oder Eltern einzustellen. Im Mai 2013 hat der Bayerische Landtag entschieden, dass auch die Beschäftigung dieser Personen ab Juni 2013 verboten ist.

² Der Bayerische Oberste Rechnungshof kommt zu dem Schluss, dass die Beschäftigung von Verwandten schon seit einer Rechtsänderung 2004 gegen das Gesetz verstieß.

³ Ebenso Aufsehen erregte 2013/2014 die Debatte um Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten. Wähler sind leicht geneigt zu meinen, dass Politiker, die Nebeneinkünfte haben, ihren politischen Pflichten nicht nachkommen (vgl. Arnold et al. 2014).

⁴ In einer Umfrage der *Forschungsgruppe Wahlen* kurz vor der Wahl antworteten 49% der Befragten, dass die CSU, und nur 4%, dass die SPD die in Bayern am meisten in Skandale verwickelte Partei sei (43%: alle Parteien gleich oder weiß nicht).

5. Mai 2013: »Seehofers Amigo-Truppe wird zur Gefahr für Merkel«.

Gemäß den Modellen von Barro (1973) und Ferejohn (1986) machen retrospektive Wähler Politiker für Fehlverhalten im Amt verantwortlich. Insbesondere bestrafen Wähler solche Politiker, die in Skandale verwickelt waren. Haben auch bayerische Wähler Skandalpolitiker bestraft? Wir untersuchen, wie der Verwandtschaftsskandal das Wahlergebnis und die Wahlbeteiligung der Landtagswahl 2013 beeinflusst hat, indem wir das Verhalten der Wähler bei der Landtagswahl 2008 mit dem bei der Landtagswahl 2013 sowohl in vom Skandal betroffenen als auch in nicht betroffenen Stimmkreisen vergleichen (vgl. Kauder und Potrafke 2015).

In Bayern gab es bereits in der Vergangenheit einige politische Skandale. Es stellt sich die Frage, ob die Wähler bayerische Politiker nach vergangenen Skandalen abgestraft haben. Im Jahr 1966 kam der *Starfighter-Skandal* an die Öffentlichkeit. Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß wurde der Korruption im Zusammenhang mit dem Kauf von Flugzeugen in seiner Zeit als Bundesverteidigungsminister beschuldigt; der Skandal schadete jedoch weder Franz Josef Strauß noch der CSU. In den Jahren 1993/1994 gab es drei weitere CSU-Skandale: Im Januar 1993 kam die *Amigo-Affäre* auf, in der der bayerische Ministerpräsident Max Streibl beschuldigt wurde, in seiner Zeit als bayerischer Finanzminister Zuwendungen wie Urlaubsreisen von Privatunternehmen erhalten zu haben. Streibl trat am 27. Mai 1993 zurück. Der bayerische Umweltminister Peter Gauweiler trat am 23. Februar 1994 zurück, da er beschuldigt wurde, seine Anwaltskanzlei unrechtmäßig verpachtet zu haben (*Kanzlei-Affäre*). Eduard Zwick, ein prominenter Unterstützer der CSU, wurde der Steuerhinterziehung beschuldigt (*Zwick-Affäre*). Im Sommer und im Herbst 1994 fanden Europaparlamentswahlen, bayerische Landtagswahlen sowie Bundestagswahlen statt. Im Frühjahr 1994 ließen Umfragen darauf schließen, dass die CSU Stimmen verlieren und in Folge die absolute Mehrheit verfehlen würde. Nichtsdestotrotz konnte die CSU die Wahlen im Jahr 1994 für sich entscheiden. Der Experte Alf Mintzel schlussfolgerte, dass die CSU erkannt habe, dass letztendlich nur sie selbst sich schaden kann, und als Folge durch einen brillanten Akt des Managements die Gefahr durch Selbstreinigung der Partei gebannt habe (vgl. Mintzel 1998, S. 164).

Die genauere Untersuchung der Auswirkungen der Verwandtenaffäre von 2013 auf die Wahlen in Bayern ist aufgrund der Erkenntnis, dass Wähler Politiker infolge von politischen Skandalen oftmals abstrafen, bei bayerischen Wählern in den letzten Jahrzehnten hingegen kein solches Verhalten erkennbar war, von großem Interesse. Die Ergebnisse zeigen nicht, dass die Verwicklung in den Skandal die Wahlergebnisse sowie die Wahlbeteiligung der Landtagswahlen beeinflusst hat.

Empirische Analyse

Verwandtenbeschäftigung durch Abgeordnete

Die Präsidentin des Bayerischen Landtags Barbara Stamm veröffentlichte am 3. Mai 2013 eine Liste, die jene Abgeordneten aufführt, die während der Legislaturperiode 2008–2013 und den zwei vorhergehenden Legislaturperioden Ehepartner, Kinder oder Eltern beschäftigt hatten. Die Liste beinhaltet 79 von 360 Abgeordneten.⁵ Drei dieser Abgeordneten sind in der Zwischenzeit gestorben, 54 sind Mitglieder der CSU, 20 sind Mitglieder der SPD, einer ist Mitglied der Grünen, und einer hat die Grünen verlassen, um ein unabhängiger Abgeordneter zu werden. Abgeordnete der FDP und der Freien Wähler waren nicht von dem Skandal betroffen. 17 Politiker der Stamm-Liste waren auch in der Legislaturperiode 2008–2013 als Abgeordnete tätig (alle von ihnen Mitglieder der CSU); drei hatten sogar Ministerposten in der Regierung von 2008–2013 inne. Die Politiker der SPD und der Grünen, die auf der Stamm-Liste zu finden sind, haben den Landtag spätestens 2008 verlassen. 16 der involvierten Abgeordneten haben erst im Jahr 2000, kurz bevor die Übergangsregelung eingeführt wurde, Verwandte eingestellt. Es ist denkbar, dass diese Abgeordneten ihre Verwandten trotz oder gerade wegen des bevorstehenden Verbots eingestellt haben. Der Vollständigkeit halber muss erwähnt werden, dass einige Abgeordnete auch (rechtskonform) andere Verwandte als Ehepartner, Kinder oder Eltern eingestellt haben. Wir beziehen in unsere Analyse nur diejenigen Politiker mit ein, die Ehepartner, Kinder oder Eltern beschäftigt haben, da nur diese auf der Stamm-Liste aufgeführt wurden. In der öffentlichen Debatte wurden jedoch ebenso jene Abgeordneten kritisiert, die andere Verwandte beschäftigt haben.

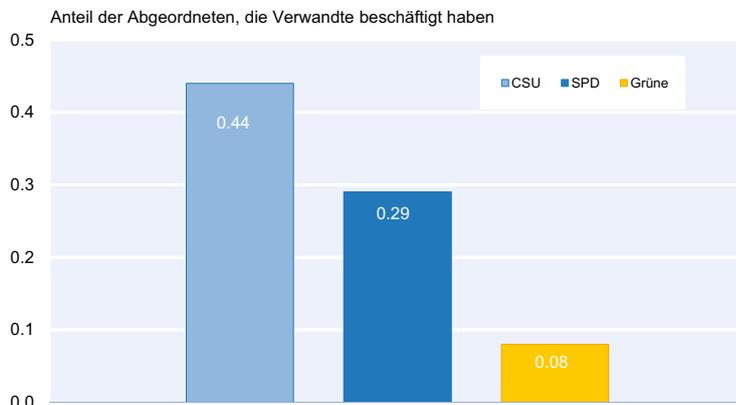
Abbildung 1 zeigt die Anteile der Abgeordneten innerhalb der Parteien, die Verwandte beschäftigt haben. Der Anteil der CSU-Abgeordneten, die Verwandte beschäftigt haben (44%), ist höher als der Anteil unter den SPD-Abgeordneten (29%). Der Anteil unter den Abgeordneten der Grünen ist deutlich geringer (8%).

Wahlergebnisse und Wahlbeteiligung

Die CSU hat die Landtagswahlen am 15. September 2013 mit der absoluten Mehrheit von 56% der Sitze (48% der Gesamtstimmen) gewonnen. Wie bei den Wahlen von 2008 hat die CSU alle bis auf einen der Stimmkreise gewonnen. Wir untersuchen, wie der Skandal den Stimmenanteil der CSU beeinflusst hat, indem wir die Ergebnisse der Wahlen von 2008 und 2013 für jeden einzelnen Stimmkreis vergleichen. Da die vom Skandal betroffenen Abgeordneten der SPD und der Grünen den Landtag spätestens 2008 verlassen haben,

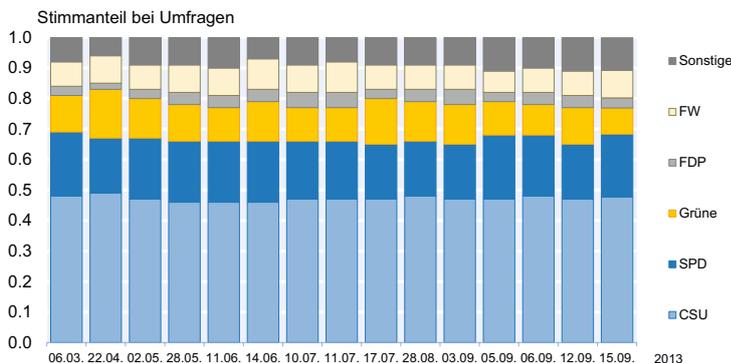
⁵ Nur 205 der 360 Abgeordneten konnten Verwandte gemäß der Übergangsregelung einstellen, da nur 205 Politiker Abgeordnete waren, bevor die Übergangsregelung in Kraft trat.

Abb. 1
Abgeordnete des bayerischen Landtags, die Verwandte beschäftigt haben



Abgeordnete, die Verwandte beschäftigen: CSU: 54, SPD: 20, Grüne: 1.
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 2
Die CSU hat in Umfragen an Zustimmung verloren, nachdem der Skandal im April/Mai 2013 bekanntgeworden war



Die letzte Beobachtung steht für das Ergebnis der Landtagswahlen von 2013.
Quelle: www.wahlrecht.de.

betrachten wir in Bezug auf die Auswirkungen des Skandals ausschließlich die CSU. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass die CSU die Kandidaten für die Landtagswahl 2013 am Ende des Jahres 2012 beziehungsweise zu Anfang des Jahres 2013 nominiert hat. Ob ein Politiker in den Skandal verwickelt war, hat also nicht die Nominierungen innerhalb der CSU beeinflusst. Nur in zwei der Stimmkreise hat die CSU ihre Kandidaten erst im Mai/Juni 2013 nominiert.

Wir untersuchen direkt, wie der Skandal die Wiederwahl eines erneut kandidierenden betroffenen Politikers beeinflusst hat. Wir vergleichen die Erststimmenanteile von betroffenen CSU-Politikern mit denen von CSU-Politikern, die nicht in den Skandal verwickelt waren und sowohl bei den Landtagswahlen 2008 als auch 2013 als Kandidaten angetreten sind.⁶ In den Fällen, in denen der Skandal die Karriere

⁶ In Stimmkreisen, deren Zuschnitt zwischen 2008 und 2013 nicht verändert wurde, standen 50% der Abgeordneten, die Verwandte beschäftigt hatten, und 63% der Abgeordneten, die keine Verwandten beschäftigt hatten, zur Wiederwahl.

eines Politikers beendet hat oder der Politiker seine Karriere – ungeachtet der Auswirkungen des Skandals – sowieso beendet hätte, können wir die Wahlergebnisse von 2008 und 2013 nicht vergleichen. Aus diesem Grund vergleichen wir unabhängig von den Kandidaten der Partei auch den Gesamtstimmenanteil der CSU (Summe aus Erst- und Zweitstimmen) in Stimmkreisen, die von dem Skandal betroffen waren, mit dem entsprechenden Gesamtstimmenanteil für nicht betroffene Stimmkreise. Es ist auch denkbar, dass der Skandal zu Politikverdrossenheit geführt und somit die Wahlbeteiligung beeinflusst hat. Daher untersuchen wir, wie der Skandal die Wahlbeteiligung beeinflusst hat, indem wir diese für die Wahlen von 2008 und 2013 in von dem Skandal betroffenen Stimmkreisen mit der Wahlbeteiligung in nicht von dem Skandal betroffenen Stimmkreisen vergleichen.

Deskriptive Statistiken

Wir beziehen nur diejenigen Stimmkreise ein (73 von 91), deren Zuschnitt zwischen den Landtagswahlen 2008 und 2013 nicht verändert wurde. Die Datensätze umfassen 88 beziehungsweise 146 Beobachtungen. Der Skandal wurde im April/Mai 2013 bekannt. Abbildung 2 zeigt, dass sich die Zustimmung für die CSU im April/Mai 2013 von rund 49% auf rund 46% verringert hat. Daraufhin erholte sich die CSU langsam von dem Skandal und erreichte Zustimmungswerte von 47% und

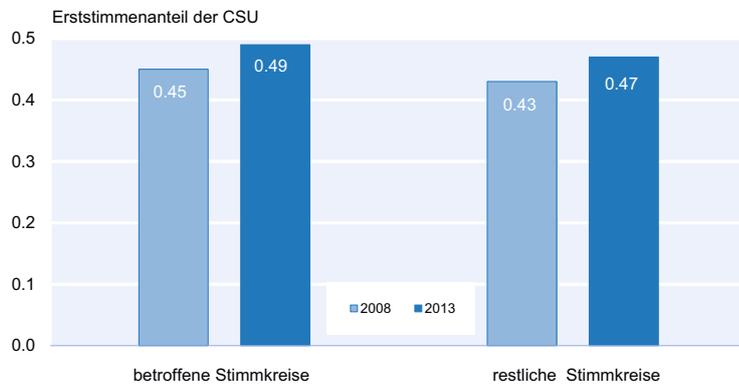
48% im Juli beziehungsweise August 2013. Abbildung 3 zeigt, dass sich der Erststimmenanteil der CSU von 45% auf 49% in von dem Skandal betroffenen Stimmkreisen und von 43% auf 47% in den nicht betroffenen Stimmkreisen erhöhte. Abbildung 4 zeigt, dass sich auch der Gesamtstimmenanteil der CSU erhöhte, nämlich von 47% auf 50% in Skandalstimmkreisen und von 44% auf 48% in den anderen Stimmkreisen. Auch die Wahlbeteiligung erhöhte sich, von 58% auf 63% in Skandalstimmkreisen und von 58% auf 64% in den anderen Stimmkreisen (vgl. Abb. 5).

Regressionsergebnisse

Tabelle 1 zeigt die Regressionsergebnisse unserer Differenz-in-Differenzen-Schätzungen. Die Schätzung in Spalte (1) betrachtet den Erststimmenanteil der CSU und bezieht daher nur Abgeordnete und Bewerber mit ein, die im Jahr 2008 über die Erststimme in den Landtag gewählt wurden und 2013 erneut angetreten sind. Die Ergebnisse zeigen nicht, dass der Skandal einen Einfluss auf den Erststim-

Abb. 3

Die CSU hat 2013 sowohl in von dem Skandal betroffenen als auch in den nicht betroffenen Stimmkreisen mehr Erststimmen erhalten

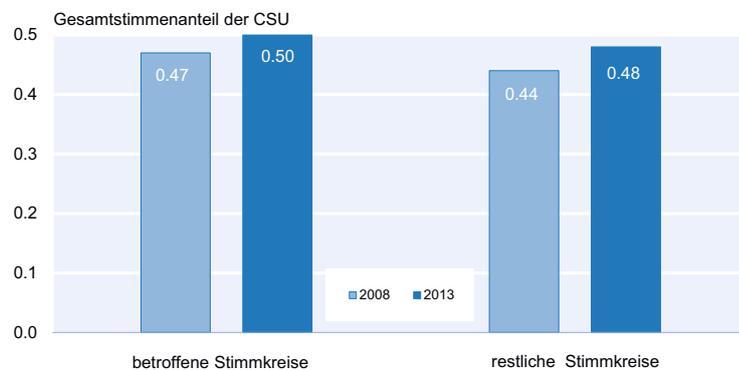


Anzahl der Skandal-Stimmkreise: 8, Anzahl der nicht betroffenen Stimmkreise: 36.

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 4

Die CSU erreichte 2013 sowohl in von dem Skandal betroffenen als auch in nicht betroffenen Stimmkreisen einen höheren Gesamtstimmenanteil

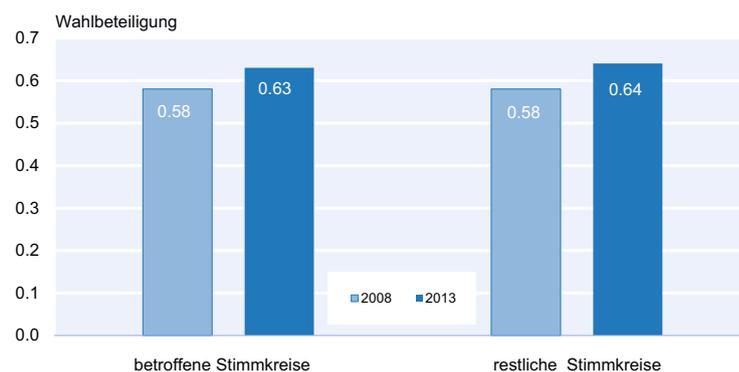


Anzahl der Skandal-Stimmkreise: 16, Anzahl der nicht betroffenen Stimmkreise: 57.

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 5

Die Wahlbeteiligung erhöhte sich 2013 sowohl in von dem Skandal betroffenen als auch in nicht betroffenen Stimmkreisen



Anzahl der Skandal-Stimmkreise: 16, Anzahl der nicht betroffenen Stimmkreise: 57.

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; Berechnungen des ifo Instituts.

menanteil der CSU hatte: Der Interaktionsterm zwischen *Verwandtenbeschäftigung* und 2013 ist statistisch nicht signifikant. Die Ergebnisse deuten auch nicht auf einen spezifischen Effekt der Skandalstimmkreise (*Verwandtenbeschäftigung*) oder darauf hin, dass der Erststimmenanteil der CSU 2013 höher oder niedriger als 2008 war. Die Effekte des Alters und des Geschlechts des Kandidaten, eines Ministerpostens (inklusive des Amtes des Ministerpräsidenten), des Innehabens des Direktmandats und der Arbeitslosenquote im Stimmkreis sind statistisch nicht signifikant. Der Erststimmenanteil der CSU erhöhte sich in den Stimmkreisen, die von der Hochwasserkatastrophe 2013 betroffen waren, um 6,6 Prozentpunkte – ein ähnlich großer Effekt wie er für die Elbe-Flut 2002 gezeigt wurde (vgl. Bechtel und Hainmueller 2011). Der Erststimmenanteil der CSU verringerte sich um 3,5 Prozentpunkte in den Stimmkreisen, in denen eine kreisfreie Stadt liegt. In den Wahlkreisen Oberpfalz, Oberfranken, Unterfranken und Schwaben war der Erststimmenanteil der CSU höher als in Oberbayern.

Die Schätzung in Spalte (2) verwendet den Gesamtstimmenanteil der CSU als abhängige Variable und beinhaltet alle Stimmkreise. Es ist kein Effekt des Skandals auf den Gesamtstimmenanteil der CSU nachzuweisen: Der Interaktionsterm zwischen *Verwandtenbeschäftigung* und 2013 ist statistisch nicht signifikant. Die Ergebnisse deuten auch nicht auf einen spezifischen Effekt der Skandalstimmkreise hin (*Verwandtenbeschäftigung*). Der Gesamtstimmenanteil der CSU war 2013 höher als 2008 (um 3,1 Prozentpunkte). Das Alter und Geschlecht des Kandidaten, ein Ministerposten und das Innehaben des Direktmandats sind statistisch nicht signifikant. Eine um einen Prozentpunkt höhere Arbeitslosenquote führt den Schätzungen zufolge zu einer Verringerung des Gesamtstimmenanteils der CSU um 2,1 Prozentpunkte. Der Gesamtstimmenanteil der CSU erhöhte sich in den Stimmkreisen, die von der Hochwasserkatastrophe 2013 betroffen waren (um 5,5 Prozentpunkte). Der Gesamtstimmenanteil der CSU verringerte sich um 3,2 Prozentpunkte in den Stimmkreisen, in denen eine kreisfreie Stadt liegt. In den Wahlkreisen Oberpfalz, Oberfranken, Unterfranken, Schwaben, Niederbayern und Mittel-

Tab. 1
Regressionsergebnisse, Differenz-in-Differenzen-Schätzungen mit heteroskedastizitätsrobusten Standardfehlern

	(1)	(2)	(3)
	Erststimmenanteil CSU	Gesamtstimmenanteil CSU	Wahlbeteiligung
Verwandtenbeschäftigung* 2013	0,005 (0,024)	- 0,003 (0,017)	- 0,006 (0,011)
Verwandtenbeschäftigung	0,007 (0,019)	0,006 (0,010)	- 0,005 (0,008)
2013	0,019 (0,012)	0,031*** (0,008)	0,062*** (0,006)
Alter	0,000 (0,001)	- 0,000 (0,000)	0,000 (0,000)
Weiblich	0,020 (0,013)	0,006 (0,010)	0,005 (0,007)
Minister	0,021 (0,020)	0,003 (0,011)	- 0,002 (0,009)
Inhaber Direktmandat	0,016 (0,020)	0,013 (0,009)	- 0,000 (0,007)
Differenz der Erststimmenanteile			- 0,054* (0,030)
Arbeitslosenquote	- 1,180 (1,149)	- 2,120*** (0,703)	- 3,999*** (0,595)
Hochwasser	0,066*** (0,024)	0,055*** (0,015)	- 0,010 (0,009)
Kreisfreie Stadt	- 0,035* (0,019)	- 0,032*** (0,011)	- 0,002 (0,008)
Niederbayern	0,030 (0,019)	0,021* (0,013)	- 0,062*** (0,008)
Oberpfalz	0,104*** (0,021)	0,072*** (0,012)	- 0,029 (0,018)
Oberfranken	0,064*** (0,015)	0,045*** (0,017)	- 0,003 (0,008)
Mittelfranken	0,017 (0,018)	0,020* (0,011)	0,004 (0,007)
Unterfranken	0,053*** (0,014)	0,063*** (0,012)	- 0,018*** (0,007)
Schwaben	0,037*** (0,012)	0,047*** (0,010)	- 0,046*** (0,007)
Konstante	0,409*** (0,042)	0,471*** (0,028)	0,689*** (0,020)
Beobachtungen	88	146	146
Bestimmtheitsmaß (R ²)	0,598	0,571	0,753

Robuste Standardfehler in Klammern; *** p < 0,01, * p < 0,1.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

franken war der Gesamtstimmenanteil der CSU höher als in Oberbayern.

Die Schätzung in Spalte (3) verwendet die Wahlbeteiligung als abhängige Variable und beinhaltet alle Stimmkreise. Die Ergebnisse deuten nicht darauf hin, dass der Skandal einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung hatte: Der Interaktionsterm zwischen *Verwandtenbeschäftigung* und *2013* ist statistisch nicht signifikant. Auch der spezifische Effekt der Skandalstimmkreise (*Verwandtenbeschäftigung*) ist statistisch nicht signifikant. Die Wahlbeteiligung war jedoch im Jahr 2013 höher (um 6,2 Prozentpunkte) als 2008. Das Alter und Ge-

schlecht des Kandidaten, ein Ministerposten und das Innehaben des Direktmandats sind statistisch nicht signifikant. Die Wahlbeteiligung verringerte sich in den Stimmkreisen, in denen die Differenz der Erststimmenanteile zwischen dem Erst- und Zweitplatzierten hoch war (um 0,05 Prozentpunkte für eine um einen Prozentpunkt höhere Differenz der Erststimmenanteile). Eine um einen Prozentpunkt höhere Arbeitslosenquote führt den Schätzungen zufolge zu einer Verringerung der Wahlbeteiligung um 4,0 Prozentpunkte. *Hochwasser* und *kreisfreie Stadt* sind statistisch nicht signifikant. In den Wahlkreisen Niederbayern, Schwaben und Unterfranken war die Wahlbeteiligung niedriger als in Oberbayern.

Schlussfolgerungen

Der bayerische Verwandtschaftsskandal des Jahres 2013 war für mehrere Wochen ein intensiv diskutiertes Thema in den Medien. Die bayerischen Landtagswahlen am 15. September 2013 sowie die Bundestagswahl eine Woche später maßen dem Skandal eine große Bedeutung bei.

Die Ergebnisse der ökonomischen Analyse zeigen nicht, dass der Skandal die Wahlergebnisse oder die Wahlbeteiligung beeinflusst hat. Warum aber hatte der Skandal keine Auswirkungen auf die Aussichten für eine Wiederwahl sowie die Wahlbeteiligung? Vier Erklärungen liegen nahe: Erstens litt unter anderem auch Bayern im Juni 2013 am Hochwasser in Mitteleuropa, im Zuge dessen sich die Landesregierung in ihrem Krisenmanagement als kompetent erwies. Das Hochwasser spülte den politischen Skandal davon.

Zweitens war die bayerische Landtagswahl vom 15. September 2013 ein Testlauf für die eine Woche später folgende Bundestagswahl. Landtagswahlen haben einen Signaleffekt für Bundestagswahlen. Die bayerische Wählerschaft, die allgemein konservativere Sichtweisen als die durchschnittliche deutsche Wählerschaft vertritt, wollte die Unionsparteien durch ein starkes Landtagswahlergebnis unterstützen, um eine rot-grüne Bundesregierung zu verhindern.

Drittens hat die Bayerische Landesregierung gute Aufklärungsarbeit beim Umgang mit dem Skandal geleistet und Fehler offengelegt. Der CSU-Fraktionschef ist umgehend zurückgetreten, und viele Abgeordnete haben die Gehälter der Verwandten zurückgezahlt. Die CSU hat es geschafft, den Verwandtschaftsskandal von 2013 zu überwinden, genauso wie bereits den *Starfighter-Skandal* 1966 oder die *Amigo-Affäre* 1993. Die überaus gut vernetzten lokalen Strukturen der CSU (vgl. Falkenhagen 2013, S. 397) könnten durchaus erklären, wie es die CSU schafft, politische Skandale zu überwinden. CSU-Politiker sind im gesamten Freistaat in engem Kontakt zu den Wählern und können so politische Erfolge preisen und Fehlritte erklären.

Viertens steht die CSU für die regionale und bayerische Identität. Die CSU hat es geschafft, den Eindruck einer weitgehenden Identität von CSU und Bayern zu erwecken (vgl. Kießling 2004, S. 71). Falkenhagen (2013) beschreibt die CSU als eine ethno-regionale Partei. Eine ethno-regionale Partei habe die gleiche Agenda wie eine regionale Partei in der Hinsicht, dass sie Dezentralisierung als ein Mittel zur Erhöhung von Effizienz und Verantwortungsbewusstsein der Regierung, als Stärkung von institutionellen Gegengewichten sowie aus Identitätsgründen bewerbe. Im Unterschied zu einer regionalen Partei habe sie jedoch nicht nur territoriale, sondern auch eine sich auf die spezifischen Besonderheiten der dort lebenden Menschen beziehende Verwurzelung mit der Region (vgl. Falkenhagen 2013, S. 399).

Literatur

Arnim, H.H. von (2013), *Die Selbstbediener: Wie bayerische Politiker sich den Staat zur Beute machen*, Heyne Verlag, München.

Arnold, F., B. Kauder und N. Potrafke (2014), »Outside Earnings, Absence, and Activity: Evidence from German Parliamentarians«, *European Journal of Political Economy* 36, 147–157.

Barro, R.J. (1973), »The Control of Politicians: An Economic Model«, *Public Choice* 14, 19–42.

Bechtel, M.M. und J. Hainmueller (2011), »How Lasting is Voter Gratitude? An Analysis of the Short- and Long-term Electoral Returns to Beneficial Policy«, *American Journal of Political Science* 55, 851–867.

Falkenhagen, F. (2013), »The CSU as an Ethno-regional Party«, *German Politics* 22, 396–420.

Ferejohn, J. (1986), »Incumbent Performance and Electoral Control«, *Public Choice* 50, 5–25.

Kauder, B. und N. Potrafke (2015), »Just Hire your Spouse! Evidence from a Political Scandal in Bavaria«, *European Journal of Political Economy*, im Erscheinen.

Kießling, A. (2004), *Die CSU: Machterhalt und Machterneuerung*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Mintzel, A. (1998), *Die CSU-Hegemonie in Bayern*, Wissenschaftsverlag Richard Rothe, Passau.